

Kommunalpolitische Eckpunkte:

Mit der Fusion von WASG (Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit) und Linkspartei.PDS zur neuen Partei **DIE LINKE.** hat sich das politische Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert.

Endlich gibt es eine Partei,

- die sich dem neoliberalen Zeitgeist der letzten Jahrzehnte entgegenstellt,
- die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt und
- die eine glaubwürdige Friedenspolitik anstrebt.
-

Das erkennen und wollen immer mehr Menschen in Deutschland.

Wie ein Haus muss auch eine Partei von unten aufgebaut werden. Ohne ein breites und stabiles Fundament wird ein anfangs wunderschön aussehendes Gebilde schnell brüchig und droht einzustürzen. Darum brauchen wir eine feste Verankerung, einen festen Platz unserer neuen Partei DIE LINKE in ganz Baden-Württemberg.

Die Kommune ist die direkteste Ebene, auf der Menschen politischen Einfluss nehmen können. In den Städten und Gemeinden erleben sie täglich die Folgen politischer Entscheidungen. Eine hervorragende Chance, DIE LINKE. in der Fläche zu verankern, sind darum die Kommunalwahlen 2009.

Wenn wir es schaffen, in viele kommunale Vertretungen gewählt zu werden, können wir uns als dauerhafter Faktor in der politischen Landschaft Baden-Württembergs etablieren und gemeinsam mit Anderen vor Ort dafür sorgen, dass politische Entscheidungen sich wieder an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Ausgangslage: Finanzielle Ausstattung der Gemeinden

Über Jahrzehnte erfolgte eine Aufgabenverlagerungen und Umverteilung der Lasten vom Bund auf das Land und vom Land auf die Kommunen mit unzureichender Finanzierung. Folge: Die Haushaltslage der Städte verschlechterte sich, Sparmaßnahmen wurden eingeleitet, die Verschuldung stieg, Kämmerer suchten alternative, auch spekulative Finanzierungen wie das „schnelle Geld“ (Lehmann Brothers).

Die Gemeinden haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, eigene Steuern zu erheben bzw. zu verändern (Gewerbe- und Grundsteuer, Hundesteuer, Schankerlaubnissteuer, Vergnügungssteuer etc.).

Die scheinbar zwangsläufigen Folgen sind Gebührenerhöhungen (Wasser, Abwasser), Verlagerung der Lasten auf die Nutzer, Gründung von Eigenbetrieben, Privatisierung städtischer Einrichtungen (Krankenhaus, Verkehrsbetriebe), Verkauf von Wohnungen

(siehe Freiburg) oder obskure Finanzierungsmodelle (PPP) wie für den Neubau der Alfons-Kern-Schule.

Die städt. Verwaltungen drängen seit Jahren massiv auf Personalabbau. Folge: Regulierte und tarifgerecht ausgestaltete Arbeitsplätze werden mit ABM-Stellen besetzt und Beschäftigungsgesellschaften haben inzwischen subventionierte Arbeitskräfte als Leiharbeiter angeheuert.

Im sozialen und kulturellen Bereich sinken die städt. Zuschüsse, Ermessensspielräume bei Entscheidungen z. B. des Jugend- und Sozialamtes werden eingeschränkt, Entscheidungen werden am Stadtrat vorbeigetroffen, die Gestaltungsmöglichkeiten des Stadtrates werden beschnitten, wesentliche Personal- und Sachentscheidungen trifft die Rathauspitze (Bürgermeisterrunde, Ältestenrat und Kämmerei) mit wenigen Gleichgesinnten.

Die Beteiligung der Bürger über ihre VertreterInnen im Gemeinderat ist somit eingeschränkt, Bürgerversammlungen geraten zur Farce, da keine wirkliche Offenlegung der Projekte stattfindet - siehe Verkauf der Verkehrsbetriebe und noch mehr der Bau der Alfons-Kern-Schule, denn das Vertragswerk war und ist der Öffentlichkeit, also den Steuerzahlenden, nicht zugänglich.

Für eine Linke Kommunalpolitik gilt:

Alle Maßnahmen müssen so gestaltet sein, dass sie

- sozial ausgewogen und
- nachhaltig angelegt sind sowie
- ökologischen Anforderungen entsprechen.

Wir haben die Aufgabe, für sozialen Ausgleich und gerechte Behandlung der benachteiligten Personengruppen zu sorgen:

1. Transparent !

(Transparentes Rathaus, Ausbau der Bürgerbeteiligung)

Auch wenn es manchmal unbequem sein mag, sollten sich die Entscheidungen des Gemeinderates und der Verwaltung an den Interessen der Bürger orientieren und für den Bürger nachvollziehbar sein. Ein Beispiel dafür ist die zurzeit heftig geführte Diskussion um den Standort des Wochenmarktes, den die Verwaltung unbedingt auf den Marktplatz verlegen will.

Bürgerversammlungen dienen bisher hauptsächlich der Information, Diskussionen waren nicht erwünscht. Das Mittel des „Bürgerhaushalts“ motiviert BürgerInnen, sich in Sachen Haushaltspolitik in die Entscheidungen der Gemeinde einzumischen und mitzubestimmen wie im Berliner Bezirk Lichtenberg.

Das gegen den Verkauf der Verkehrsbetriebe initiierte Bürgerbegehren scheiterte am zu hoch angesetzten Quorum. Obwohl zahlreiche Bürger sich gegen den Verkauf ausgesprochen haben, wurden die Verkehrsbetriebe verkauft.

Die Linke tritt dafür ein, dass die Hürden für die Bürgerbegehren in der Gemeindeordnung herabgesetzt werden.

2. Öffentlich !

(Stadtentwicklung: keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen)

Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss in kommunaler Hand bleiben. Die Strom-, Wasser- und Gasversorgung darf nicht privatisiert und nicht dem Spiel neoliberaler Kräfte und deren Gewinnabsichten übereignet werden.

Die Privatisierungen des städt. Klinikums und der Verkehrsbetriebe sind zurückzuführen.

- weil die demokratisch gewählten Organe wie der Gemeinderat kaum noch Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Tarifbindung, Überstunden...) haben;
- weil jeder private Investor, egal in was er sein Geld steckt, Gewinne machen will, und das eben auf Kosten der sinkenden Leistungen bzw. der Arbeits- und Lohnbedingungen der abhängig Beschäftigten.

Weitere Investitionen nach den PPP - Modell müssen verhindert werden, weil die Stadt über Jahrzehnte keinerlei Einfluss auf Bau und Unterhaltung der Gebäude hat, die langfristigen Folgen bzw. Folgekosten sind nicht abschätzbar. Zudem: Das gesamte Vertragswerk ist für diejenigen, die es bezahlen müssen, die Steuerpflichtigen, nicht einsehbar.

Die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete darf nur für Firmen erfolgen, die Arbeitsplätze schaffen, nicht wegrationalisieren und nicht den Einzelhandel in der Innenstadt schädigen.

Öffentliche Aufträge müssen an soziale und ökologische Standards gebunden werden.

3. Sozial !

(Sozialpolitik: Ziele für Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien)

- Die **Schulen** müssen ökologisch saniert werden (Energiegewinnung, Heizung), hier ist auf eine gute räumliche und sächliche Ausstattung zu achten;
- Ausbau der Ganztagschulen und flächendeckende Schulsozialarbeit, auch in Grundschulen, Realschulen, Gymnasien und noch mehr in beruflichen Schulen;
- Mittagessenangebot an allen Schulen;
- Ersatz der tatsächlichen Schülerbeförderungskosten gestaffelt nach Alter und Einkommen;
- Gewährung der tatsächlichen Lernmittelfreiheit entsprechend der Landesverfassung;
- Ausbau und Erhalt der Sprachförderung für Migrantenkinder an allen Schulen;
- Für finanziell Bedürftige Übernahme der Erstausrüstung bei Schulbeginn und Schulartwechsel, Übernahme der Sonderkosten bei Klassenfahrten und Ausflügen; der Sozialfond für die Beschaffung von Schulmitteln, der in 2008 erstmals

aus Spendenmitteln errichtet wurde, ist dauerhaft aus ordentlichen Haushaltsmitteln zu speisen und muss angemessen erhöht werden;

Die **Kindergartenplätze** sind weiter auszubauen, Krippen - und Hortplätze müssen in allen Stadtteilen bereitgestellt werden. Das Personal, auch die Aushilfskräfte, sind tarifgerecht zu entlohnen;

Kindgerechtes kostenloses Mittagessen ; Kostenloses letztes Kindergartenjahr, in den Folgejahren auch das zweite und dritte Jahr vor Schuleintritt wie in Berlin;

Die Sanierung der einzelnen Stadtteile ist zügig voranzutreiben. Dabei ist auf ein familienfreundliches Umfeld zu achten;

Die einzelnen Stadtteile sind gemäß den Sozialraumanalysen zu stärken, die **Familienzentren** auszubauen und die **Jugendarbeit** zu intensivieren. Wo keine Jugendzentren vorhanden sind, müssen Treffpunkte für Jugendliche eingerichtet werden.

Die vorhandenen Spielplätze müssen zügig saniert werden.

Chancengleichheit und **Frauenförderung** sind kommunal verstärkt als Querschnittsaufgabe umzusetzen, wir fordern sichere Finanzierung auch der Frauenhäuser durch Landesmittel;

Wenn freien Trägern weitere Aufgaben übertragen werden, ist bei der Ausgestaltung langfristige Planungssicherheit zu gewähren und ein partnerschaftlicher Umgang geboten. Der Personalkostensersatz hat sich an den Tariflöhnen zu orientieren.

4. Arbeitsfördernd !

(Beschäftigungsförderung statt Armut)

Bei Hartz IV-Abhängigen sind die bei der Leistungsgewährung möglichen Spielräume sinnvoll zugunsten der Betroffenen zu nutzen. Besonders die Mietobergrenzen haben sich an dem Mietspiegel zu orientieren.

Die unzähligen Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich bei der Stadt und den städt. Gesellschaften sowie hunderte „1 - Eurojobs“ haben reguläre Arbeitsplätze verdrängt.

- Die prekären Arbeitsverhältnisse sind in ordentliche tarifgerechte Arbeitsverhältnisse zurückzuführen bzw. umzuwandeln;
- Qualifizierungsmaßnahmen müssen in den ersten Arbeitsmarkt führen;
- Bei neuen Qualifizierungsmaßnahmen sind vordringlich solche für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu initiieren.

Die finanziellen Anreize des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden scheinbar wahllos in Projekte umgesetzt. Die Laufzeiten bis max. 3 Jahre, teilweise noch kürzer, verhindern eine nachhaltige Wirkung der gut gemeinten Beschäftigungsprojekte.

Bei der Auswahl der Projektträger sind nicht nur finanzielle, sondern auch qualitative Maßstäbe anzulegen, hierfür ist eine Konzeption zu entwickeln.

Öffentliche Aufträge sind - wie in einigen Bundesländern - an den tariflichen Mindestlohn zu binden, dies gilt auch für Subunternehmen

5. Ökologisch !

(Ökologische Stadt- und Verkehrsentwicklung)

Die Innenstadt ist zu stärken:

- kostenloses Parken an Samstagen kommt den Händlern der Innenstadt zugute, noch besser ist:
 - die Einrichtung von Shuttlebussen verringert die Umweltbelastung der Innenstadt. Der geplante Umbau der Fußgängerzone muss - zur Hebung der Attraktivität der Innenstadt - in kürzerer Zeit als bisher geplant durchgeführt werden.
- der ÖPNV ist weiter auszubauen, Nahverkehrsverbindungen sind dem Bedarf anzupassen.

Im ÖPNV sind Sozialtarife wie z.B. Busfahrkarten zum halben Preis für Arbeitslose, bedürftige RentnerInnen, AsylbewerberInnen und andere Bedürftige einzurichten wie in Berlin, Dortmund, Köln und im Kreis Dahme-Spreewald.

Der Wohnungsbestand der städt. Gesellschaften ist ökologisch zu sanieren. Auf Folgekosten für die Mieter ist zu achten. Die Mieten müssen erschwinglich bleiben.

Die Planung neuer Wasserkraftwerke muss wieder aufgenommen werden, auf städtischen Gebäuden sind weitere Solaranlagen einzurichten bzw. zu fördern.

6. Demokratisch !

(Zivilcourage gegen Rechts)

Neo-Nazis von NPD, „Republikaner“, Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“ oder „Heidnischer Sturm“ lehnen die Demokratie ab, diskriminieren ethnische und religiöse Minderheiten, verbreiten Geschichtslügen und wollen die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen abschaffen.

DIE LINKE fordert die Anwendung aller juristischen Mittel gegen Propaganda und Aktionen dieser demokratiefeindlichen Kräfte. Sozialberatung, Jugendarbeit, Stadtteilzentren sind auszubauen. Für Gemeinderat und Stadtverwaltung muss es zur Selbstverpflichtung werden, Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen gegen Rechts zu unterstützen bzw. sich an ihnen zu beteiligen.